

## **Dringliche Fragen**

**für die Fragestunde der 18. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 27. Januar 2010**

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter  
**Oliver  
Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von den ersten Ergebnissen der Auswertung des technischen Berichts, über die u. a. die ARD-Tagesschau am Sonntag, den 24. Januar 2010, berichtet hat, wonach der genaue Unfallhergang in der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau noch immer nicht abschließend geklärt sei, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
  
2. Abgeordnete  
**Kathrin  
Vogler**  
(DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Ursache des Unfalls in der UAA in Gronau, bei dem am Donnerstag letzter Woche (21. Januar 2010) ein Arbeiter verletzt und mit giftigem, radioaktivem und hoch reaktivem Uranhexafluorid (UF<sub>6</sub>) kontaminiert wurde, und welche Schlussfolgerungen für den weiteren Betrieb der UAA zieht sie aus diesem ernststen Zwischenfall?
  
3. Abgeordnete  
**Kathrin  
Vogler**  
(DIE LINKE.)

Welche Gefahren für die Beschäftigten und die Bevölkerung des Münsterlandes bestehen durch den Betrieb der UAA in Gronau und insbesondere durch die Atomtransporte durch die Region?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und  
Sozialordnung**

4. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Wie viel Hartz-IV-Empfänger, in absoluten Zahlen und prozentual von allen, sind von der laut Presseberichten vom Wochenende im Januar 2010 nicht korrekt berücksichtigten Kindergelderhöhung bei der Ermittlung der Leistungshöhe betroffen?
5. Abgeordnete  
**Dr. Barbara Höll**  
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die juristische Schlussfolgerung, dass eine Rückzahlung der nicht korrekt berücksichtigten Kindergelderhöhung in den Hartz-IV-Bescheiden unter Berufung auf § 818 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches vermieden werden kann, und wenn nein, wie soll eine Korrektur der fehlerhaften Bescheide erfolgen (Rückforderung oder Korrektur in den Folgemonaten)?

Berlin, den 26. Januar 2010